

kontakt

SPD Garching

50. Jahrgang | SEPTEMBER 2021



TERMINE 2021

AB CA. MITTE AUGUST erhalten Sie Ihre BRIEFWAHLUNTERLAGEN.

Wir danken schon jetzt allen ehrenamtlichen Wahlhelfer:innen für ihre überaus wichtige demokratische Unterstützung!

26. SEPTEMBER
BUNDESTAGSWAHL
Bitte gehen Sie wählen!

Unterfranken.

Oberfranken.

Oberpfalz.

Niederbayern.

Mittelfranken.

Schwaben.

Oberbayern.

BAYERN
Soziale Politik für Dich.
SPD

bayernspd.de/wahlen/

Mit beiden Stimmen SPD wählen!

Für eine soziale und klimafreundliche Zukunft, brauchen wir beide Stimmen.

ERST + ZWEITSTIMME:
für die lokalen SPD-Kandidat:innen und Olaf Scholz

Am 26. September im Wahllokal oder vorher daheim per Briefwahl!

5 Fragen zum Wohnen an Korbinian Rüger Ihr Bundestagskandidat

Das Interview führte Maximilian Springer

1. Auf deiner Webseite schreibst du, „wir [müssen] auch den Mut haben, in angespannten Lagen für eine gewisse Zeit Mieterhöhungen zu stoppen“. Wenn aber die Zahl der inserierten Wohnung zurückgeht (wie in Berlin um 25%), würde das die, die dringend eine Wohnung suchen, nicht kurzfristig noch drastischer belasten?

Hier stehen sich zwei Interessen gegenüber. Mit immer weiter steigenden Mieten vertreibe ich die Polizistin, die Krankenpflegerin oder den Rentner mit mittlerem Einkommen irgendwann aus der Stadt. Die Wohnung wird dann zwar frei und kann inseriert werden, aber zu deutlich höheren Mieten. Es gilt also abzuwägen. Die Kommunen tun viel, um bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Dafür brauchen sie die rechtlichen Instrumente, aber auch Zeit. Die Kombination aus dem – zugegeben etwas sperrig klingenden – Baulandmobilisierungsgesetz, das die SPD gegen erhebliche Widerstände durchgesetzt hat, und einem vorübergehenden Mietstopp in besonders angespannten Lagen kann helfen.

2. Um mehr Wohnungen zu bauen forderst du, dass „der Staat eingreifen und selbst für Wohnungen sorgen [muss]“. Ist die stärkere Förderung von Wohnbaugenossenschaften für dich eine Alternative oder muss der Staat direkt aktiv werden?

Beides sind gangbare Wege. Welcher Weg geeigneter ist, hängt von den Voraussetzungen vor Ort ab, die sich von Kommune zu Kommune durchaus erheblich unterscheiden können. Klar ist, dass der Staat selbst tätig werden muss. Wien ist dafür ein leuchtendes Beispiel. In keinem europäischen Ballungsraum wohnt es sich für Normalverdiener so günstig wie im sozialdemokratischen Wien, wo die Stadt seit jeher in beispiellosem Umfang selbst am Wohnungsmarkt tätig ist. Der Wohnungsmarkt funktioniert nunmal anders als der Wochenmarkt, wo sich der Staat guten Gewissens auf das Erheben einer Standgebühr beschränken kann.

3. Du sprichst dich auch für „maßvolle Nachverdichtung“ aus. Demgegenüber steht die Meinung, dass wir es uns nicht leisten können, Flächen großflächig unbebaut zu lassen oder zur Erhaltung des Stadtbildes nur niedrig zu bebauen. Welche Antwort hast du darauf?

Flächenversiegelung ist nicht unproblematisch, aus ökologischen Gründen, aus Gründen des Gewässer- und Hochwasserschutzes. Auch braucht es in wachsenden Ballungsräumen ausreichend Erholungsflächen für die Bevölkerung. Nachverdichtung ist richtig, aber ohne Akzeptanz der Bevölkerung geht es auf Dauer nicht. Dass wir in Zukunft höher bauen müssen, vor allem in Ballungsräumen, ist natürlich richtig. Auch hier gilt es, die Bevölkerung frühzeitig einzubinden und vor allem so zu planen und zu bauen, dass attraktive neue Wohnquartiere samt Einzelhandel und Gastronomie entstehen. Ein Hochhaus



muss ja nicht immer ein hässliches Hochhaus sein, ein Neubaugebiet nicht immer eine Trabantensiedlung ohne attraktive Infrastruktur. Dass das im Zweifelsfall mehr kostet, ist klar. Aber das muss es uns wert sein.

4. Stimmen aus der Bauwirtschaft beklagen immer wieder die langwierigen, bürokratischen Prozesse, die Bauvorhaben verzögern. Siehst du hier Handlungsbedarf?

Man muss unterscheiden. Für eine sozial verträgliche und nachhaltige Stadtplanung muss man sich Zeit nehmen. Es braucht ja auch Schulen, Kindergärten, Anschluss an den ÖPNV und so weiter. Gleichwohl müssen wir an zwei Stellen besser werden: Statt seitenweise Papierkram zu produzieren, ließen sich Bauanträge und alles, was damit zu tun hat, sehr viel stärker digital abbilden. Zweitens braucht es ausreichend Personal in den Planungsbehörden und an den Gerichten, die über Einsprüche zu befinden haben.

5. „Deutsche Wohnen & Co enteignen“ möchte in Berlin „mindestens 240.000“² der über 1,9 Mio. Wohnungen³ in Gemeineigentum überführen. Findest du, dass solche Enteignungen eine notwendige Maßnahme sind, um Mieter*innen zu entlasten?

Enteignungen sind rechtlich kaum durchsetzbar. Ich würde an anderer Stelle ansetzen: Wir haben in Deutschland das Problem, dass vermietetes Eigentum steuerlich attraktiver ist als selbstgenutztes Eigentum. Für Menschen mit viel Geld ist es attraktiv, im großen Stile Bestandsimmobilien aufzukaufen. Stichwort „Share Deals“: Es kann nicht sein, dass man 100 Wohnungen in eine GmbH einbringt, dann 95% der Anteile verkauft und sich durch diesen Kniff die Grunderwerbsteuer spart. Das ist nur eines der Beispiele, an die wir ranmüssen. Wenn Großanleger und Spekulanten dem Wohnungsmarkt fernbleiben, profitieren davon nicht nur Mieter, sondern auch Menschen, die auf die eigenen vier Wände hinarbeiten.

¹www.wiwo.de/politik/deutschland/berliner-mietendeckel-25-prozent-weniger-mietwohnungen-/26099082.html

²www.dwenteignen.de/haeufige-fragen-faq/

³www.statistik-berlin-brandenburg.de/152-2021



Einblicke in die Corona-Entscheidungsmechanismen anhand der Raumlufreiniger-Diskussion



Liebe Garchinginnen und Garchinger,

ich möchte an dieser Stelle die Gelegenheit nutzen, um Ihnen konkrete „Insider-Einblicke“ in die hochkomplexen Entscheidungsmechanismen der aktuellen Corona-Pandemie zu geben. Vielleicht können Sie dann nachvollziehen, warum manches nicht so läuft, wie wir es uns wünschen würden.

Die jüngste Aufgabe, die uns Kommunalpoliker:innen von oben übertragen wurde, ist die Ausstattung aller Kinderbetreuungseinrichtungen sowie Klassenzimmer mit Raumlufreinigungsgeräten – für Kinder bis zum 12. Lebensjahr. Diese Maßnahme hatte die Bayerische Staatsregierung Ende Juni 2021 großspurig verkündet, und die Erwartungshaltung mit der Zusage noch verstärkt: Bis Ende der Ferien würden alle Klassenzimmer in Bayern mit einem Mobilen Luftreiniger ausgestattet. Und fügten noch hinzu: Wenn das nicht klappe, dann, weil die Landkreise und Gemeinden es nicht auf die Reihe bringen.

Heftige Kritik erhielt die Staatsregierung sofort – auch von ihren eigenen CSU- und Freie-Wähler-Parteifreunden und geballt vom Sprachrohr aller Kommunen, dem Bayerischen Städte- und Gemeindegtag: Dieses Versprechen war und ist auch bei bestem Willen und Wollen bis September 2021 nicht umsetzbar. Das muss die Staatsregierung schon vorher wissen! Alleine die vorgegebenen EU-weiten Vergaberichtlinien lassen zu viel Zeit vergehen. Es geht um Hunderttausende Euro pro Kommune für die Anschaffung MOBILER RAUMLUFTREINIGER, wobei 50 % der Kosten der Freistaat übernehmen will und 50 % die Kommunen übernehmen sollen. Das hat die Staatsregierung entschieden. Normal müsste es aber heißen: Wer anschafft, der zahlt. Seit kurzem gibt es auch das Bundesförderprogramm für STATIÖNÄRE LÜFTUNGSANLAGEN, die eine konstante Frischluftzufuhr gewährleisten: die nachhaltigere Variante, 3 x pro Stunde Komplettaustausch der gesamten Raumlufte. Der Bund fördert dies sogar mit 80 % Fördermittel. Es braucht jedoch ca. ein Jahr für die Planung und den Einbau – und ist daher gleichfalls keinesfalls bis September 2021 umsetzbar.

DEM VORPRESCHEN FOLGT DER RÜCKZUG

Kurz darauf wurde für das Bayerische 50-%-Programm ein Rückschritt verkündet: Die Fördermittel sind auf 1.750 € pro Klassenzimmer begrenzt. Wenn eine Kommune in den „Genuss“ dieser Fördermittel kommen will, muss sie das zeitfressende Vergaberecht mit EU-weiter Ausschreibung einhalten. Leider werden gute Geräte, die unter 40 dB leise sind und 6x-Umwälzung der Raumlufte pro Stunde erfüllen, höchstwahrscheinlich 5.000 € kosten. Falls ein Gerät pro Raum ausreicht! Der Staat informiert und empfiehlt uns Kommunen nicht, welche Geräte zum Einsatz kommen sollen: ob klassische Luftfilter-Reinigung, UV-Licht-Filter oder Plasma-Filter. Jede Kommune muss sich zeitraubend selber schlau machen, was sie einsetzen könnte, um den Förderrichtlinien zu entsprechen.

Alle diskutieren die Sinnhaftigkeit dieser Maßnahme, da sie keinesfalls die für September bereits wieder angekündigte Maskenpflicht sowie das regelmäßige Stoßlüften der Klassenzimmer außer Kraft setzen wird. Raumlufreiniger sind also nur als Ergänzung angedacht.

Entscheidet sich eine Kommune positiv für die Raumlufreiniger, dann ist die Vorgehensweise bayernweit die gleiche: Beschluss des Gemeinde- oder Stadtrats, Ausschreibung für die Beauftragung eines Ingenieurbüros (das dann fachlich prüft, was angeschafft werden sollte), EU-weite Ausschreibung, Vergabe/Bestellung. Und dann hoffen und bangen, dass die Hersteller auch eine entsprechende Menge auf Lager haben und liefern können. Ich befürchte große Engpässe bei der bayernweiten Bestellung!

Zur Info: Selbiges Verfahren mussten wir auch bei den Lehrer-Laptops machen: Anfang des Jahres haben wir sie bestellt, und bis heute sind sie noch nicht eingetroffen! Im Laptop-Fall sind wir aber guter Dinge, dass wir zum Schulbeginn 2021/22, also nach neun Monaten!, die Schulen bestücken können.

GARCHING WIRD HANDELN – SO SCHNELL ES GEHT!

Ich bin meinem Stadtrat dankbar, dass er noch im Juli einmütig meinem Vorschlag gefolgt ist, und mich und die Verwaltung beauftragt hat, für alle Schulen möglichst nachhaltige

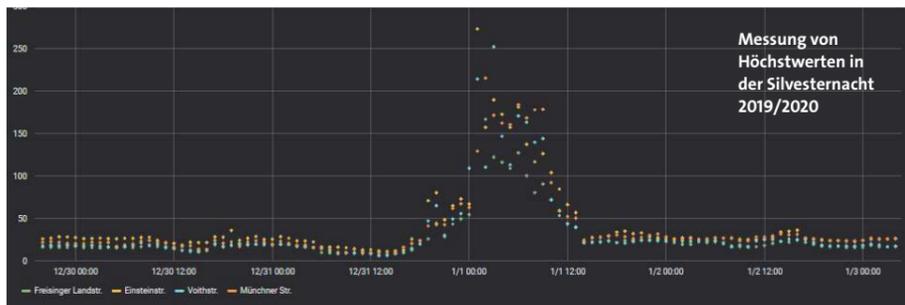
Lösungen für eine optimale Raumluft in die Wege zu leiten. Unser Gymnasium ist durch eine aktive Frischluftanlage bereits optimal versorgt. Hier hätte es keine Fördermittel für die Mobile Variante gegeben. Gleiches gilt für die meisten Räume der Mittelschule sowie der Grundschule-West; hier sollen zusätzliche mit dem Bundesförderprogramm nachhaltigere Frischluftanlagen für die noch nicht aktiv mit Frischluft versorgten Räume beauftragt werden. Für die Grundschule-Ost und -Hochbrück, die beide neu gebaut werden sollen, sind die Mobilen Raumluftreiniger besser geeignet. Alles soll jetzt im August beantragt werden.

Für alle anderen städtischen Kinderbetreuungseinrichtungen gilt: Auch hier hat die Staatsregierung am 15.7. einen

Rückzieher gemacht: Falls es für diese Einrichtungen das geplante Bundesförderprogramm geben wird, dann entfällt das Bayrische 50%-Förderprogramm. Das bedeutet: Es ist unser Risiko, ob's Zuschüsse gibt oder nicht. Da zu diesem Bundesprogramm noch keinerlei Förderrichtlinien bekannt sind, entschied der Stadtrat, die Ausschreibung erst im September zu beauftragen. Wir lassen aber die Räume schon jetzt von einem Ingenieurbüro für eine spätere Ausschreibung analysieren.

Seien Sie gewiss, wir werden alles Notwendige in die Wege leiten, um so schnell wie möglich zu handeln.

Ihr Dr. Dietmar Gruchmann,
Erster Bürgermeister



Luftqualität in Garching

Die Messdaten der Nordallianz, von Thomas Zastrow

Seit September 2019 misst die NordAllianz an insgesamt 35 Standorten, darunter drei in Garching, die aktuelle Luftqualität (nordallianz.de/luftqualitaet). Es werden Daten zur Belastung mit Feinstaub (pm2.5 und pm10), Stickstoffdioxid (NO₂) und Ozon (O₃) erhoben. Im bis jetzt in privater Initiative ausgewerteten Zeitraum (September 2019 bis September 2020) zeigen sich Ereignisse wie Silvester und der coronabedingte Lockdown im Frühjahr 2020 auch im Münchner Norden. Des Weiteren lässt sich der Einfluss der automobilen „Rush Hours“ morgens und abends auf die aktuelle Luftqualität nachweisen. Weitere Ergebnisse und Analysen finden sich unter luftdaten.thomas-zastrow.de.

An allen Messorten liegen die errechneten Jahresmittelwerte deutlich unterhalb der gesetzlich festgelegten Grenzwerte. Allerdings sollte sich hieraus auch kein Freibrief für zukünftige Stadt- und Verkehrsplanungen ergeben: ein Glas ist halb voll und gleichzeitig halb leer. Erst im Juni hat die EU Deutschland wegen andauernden Überschreitens der Stickstoffdioxid-Werte in vielen deutschen Städten verklagt. Dem gilt es mit konsequentem Ausbau von Radinfrastruktur, Elektromobilität und des ÖPNV im Münchner Norden aktiv entgegenzuwirken.

Im September diesen Jahres werden zwei vollständige Jahresläufe an Messwerten vorliegen. Es wird sich dann zeigen, ob die Ergebnisse der bisherigen Analysen ausreichen oder erweitert werden müssen.



Unser schönes Sportstadion in Garching, offen für Breitensport?

In der Online Veranstaltung der SPD Garching zur traditionellen „Freinacht“ waren in zwei Vorträgen die Wünsche zu hören, dass im Fußball- aber auch Leichtathletikstadion auch Kinder und Eltern die Möglichkeit haben sollten, zu diesen Sportanlagen Zutritt zu haben. Diese Wünsche fanden bei den Online-Zuhörern sehr viel Zustimmung, ja emotionale Begeisterung. Viele denken offenbar ähnlich und fühlten sich positiv berührt. Das reicht aber nicht aus.

Meine persönliche Erfahrung ist ganz konkret. Es macht Kindern Spaß, ausprobieren zu dürfen, was sie können, dazu gehört: Laufen auf einer Bahn, Springen in eine Sandgrube, Werfen eines Schlagballs. Im Schulsport kann das so nicht geschehen, dazu reicht der Stundenplan nicht aus. Talente der Leichtathletik können so ganz nebenbei entdeckt werden. Vor allem aber macht es Spaß.

Deshalb mein Appell, dem Raum zu geben, Kinder ausprobieren zu lassen, und übrigens auch Erwachsenen Gelegenheit zu geben die eigene Beweglichkeit zu ergründen. Breitensport ist dabei eigentlich Entdeckungssport.

Dem Argument, ein offenes Stadion beinhalte die Gefahr, dass sogenannter Vandalismus eintritt oder sogar Zerstörungen im Stadion die Folgen sind, möchte ich entgegenhalten: Wie wäre es mit einer Testphase, in der wir als Bürger Garchings aufgefordert sind, ein offenes Auge zu haben bei Spaziergängen rund um den schönen Garchinger See?

Unsere Kinder, Jugendlichen und dafür offenen Erwachsenen sollten uns das wert sein.

Politik, Wirtschaft und Bürger:innen sind nur gemeinsam erfolgreich



Extrem gegensätzliche Gartengestaltung: Im linken Bild eine Steinwüste. Rechts im Bild bedecken niedrige Thymiankissen den gesamten Gartenboden. Der Thymian ist eine Blütenweide für Insekten und gleichzeitig ein grüner, sehr pflegeleichter Bodendecker. Das Mikroklima ist ausgewogen und benötigt wenig Wasser.



Umfragen, schon vor der aktuellen Flutkatastrophe, zur Bundestagswahl ergaben, dass das Thema Umwelt- und Klimaschutz mit ausschlaggebend für deren Ausgang sein wird. Die Wähler erwarten von der Politik die entscheidenden Weichenstellungen zu diesem Themenkomplex, der sehr viele Einzelaspekte enthält. Die beteiligten Akteure sind neben der Politik (Bund, Länder, Kommunen) auch die Wirtschaft und alle Bürger.

Die Politik, angefangen beim Bund, muss die Rahmenbedingungen schaffen, z.B. langfristige Entscheidungen treffen, bis wann wir aus fossilen Brennstoffen aussteigen wollen, welche innovativen Entwicklungen wie gefördert und ab wann EU-Vorgaben in nationales Recht umgesetzt werden. Die Länder setzen die Vorgaben in den Verwaltungsstrukturen um und die Kommunen, im detaillierten Wissen um die örtlichen Gegebenheiten, stoßen Einzelprojekte an bzw. unterstützen diese, wie z.B. in Garching die Genossenschaft für Photovoltaik und den Ausbau der Geothermie, oder kümmern sich um die nötige Infrastruktur für die Elektromobilität.

Die Wirtschaft wird nicht umhinkommen, Produkte ressourcenschonend und nachhaltiger zu entwickeln, Recycling als Normalität einzuplanen also Umwelt- und Klimaschutz bei allen Prozessen immer im Fokus zu haben.

Und die Bürger? Sie sind nicht nur Konsumenten ohne Einfluss. Durch ihr Konsum- und Mobilitätsverhalten können sie viel bewirken. Man stelle sich nur vor: Ein Unternehmen würde seine Marktposition durch den Umstieg der Verbraucher auf ein umweltfreundlicheres Konkurrenzprodukt substantiell gefährdet sehen. Was wird wohl passieren?

Aber nicht nur beim Einkauf kann jeder von uns etwas bewirken. Wie wir unsere Balkone, Gärten und Grundstücke gestalten, mögen sie noch so klein sein, wie wir uns in der Freizeit verhalten und mit der Natur umgehen, das alles hat einen Effekt. Kritiker von Maßnahmen zum Umwelt- und Klimaschutz führen

immer wieder an, dass Deutschland allein die Erde nicht retten könne, unsere Wirtschaft durch zu harte Regeln ausgebremst und benachteiligt werde. Dem kann man entgegenhalten, dass Innovationen unserer Wirtschaft aber auch einen Vorteil hinsichtlich Kompetenz und anschließend beim Marktanteil bringen können. Unternehmen, die die Zeichen der Zeit nicht erkennen, müssen sich nicht wundern, wenn sie abgehängt werden. Umwelt- und Klimaschutz funktioniert nur langfristig, nicht von jetzt auf gleich. Es ist wie ein Puzzle mit einem Rahmen und vielen unterschiedlichen Teilen, die ineinanderpassen müssen. Jedes auch noch so kleine Teil ist wichtig und die Zeit wird knapp. Wir haben keinen Planeten 2.0 ! Ziel der SPD nach der Bundestagswahl ist es, den notwendigen Wandel sozial ausgewogen zu gestalten, so wie sie es bei vielen anderen Themen immer getan hat.



Gerlinde Schmolke, Stadträtin

Anträge zum Thema Umwelt-/Naturschutz der SPD-Garching NACHPFLANZKONZEPT

- Einführung eines Punktesystems, das regelt, wie viele Bäume für einen gefälltten Baum nachgepflanzt werden.
- Erarbeitung einer Liste mit Standorten für langfristige Nachpflanzungen
- Erarbeitung eines Patenschaftskonzepts für nachgepflanzte Bäume

SATZUNG ZUR GESTALTUNG VON GRUNDSTÜCKEN

- Ziel war, mehr Natur auf privaten Grundstücken, weniger Steingärten und Mauern.
 - Prämierung von naturnahen Gärten
- Leider fand der Antrag keine Mehrheit!

Energie für Garchings Zukunft Windkraftanlage und Photovoltaik sind geplant



Wenn das 1,5-Grad-Ziel für die Erderwärmung erreicht werden soll, muss die Energieerzeugung weltweit umgestellt werden, weg von fossilen hin zu regenerativen Energieträgern. Auf diesem Weg schreitet auch Garching voran. Wichtigstes und umfassendstes Projekt ist dabei die Nutzung der Geothermie, für die sich die SPD immer vorbehaltlos eingesetzt hat und die jetzt einen großen Teil der in Garching benötigten Heizenergie abdeckt. **Aus dem jährlichen Bericht des Geschäftsführers der Energie-Wende Garching geht hervor, dass seit Beginn der Wärmelieferungen über 57 000 t CO₂ eingespart worden sind, das entspricht etwa 18 Mio. l Heizöl.**

Während die CSU ihre anfänglich ablehnende Haltung aufgegeben hat, haben die Garchinger Grünen leider immer noch nicht verstanden, welches Potential die Nutzung der Erdwärme für Garching bietet.

Nun geht es um zwei Projekte zur regenerativen Stromerzeugung in Garching. Die Fa. Ostwind plant auf einem Grundstück zwischen Autobahn und Forschungsgelände die Errichtung eines Windrads in einer ähnlichen Größe wie die neue Anlage in Fröttmaning (s. Foto). Das Grundstück liegt in dem Bereich,

den die Stadt Garching im Flächennutzungsplan für die Windenergienutzung ausgewiesen hat. **In Zusammenarbeit mit Forschungsinstituten sollen Verbesserungen bei der Nutzung der Windenergie erforscht werden. Auch dieses Projekt wird von der SPD einmütig unterstützt.**

Als letztes wurde die Nutzung eines Grundstückes auf der Westseite der Autobahn für die Photovoltaik einer in Gründung befindlichen Garchinger Genossenschaft zugesprochen. Dort sollen Garchinger Bürgerinnen und Bürger die Gelegenheit bekommen, sich an der Stromerzeugung durch Photovoltaik zu beteiligen.

Bei der Bundestagswahl am 26. September geht es auch darum, die Energieerzeugung mit dem Ziel des Klimaschutzes und dem Erhalt des Wohlstands in unserem Land in Einklang zu bringen. Dafür sind zwei Stimmen für die SPD die beste Wahl, wie sich am Beispiel Garchings zeigt.



Joachim Krause, 3. Bürgermeister

IHR DIREKTER DRAHT ZUM SPD-ORTSVEREIN:
SPD-Ortsvereinsvorsitzende Ulrike Haerendel: 089/3206701
Ihr direkter Draht zur SPD-Fraktion: Götz Braun: 089/3262130
»Wir freuen uns auf Ihren Besuch!«
Bürgermeister Gruchmann und seine Stadtratsfraktion
In der Fraktionssprechstunde, im Fraktionszimmer um 19:30 Uhr:
In der Regel montags in den Wochen mit Stadtratssitzung
Jetzt auch telefonisch: Fraktionszimmer: 32089-254
In der Bürgermeistersprechstunde:
Donnerstags 16-17:30 Uhr; Termine siehe auf garching.de
Auf unserer Homepage: spd-garching.de
Oder folgen Sie uns auf Facebook: [SPDGarching](https://www.facebook.com/SPDGarching)

IMPRESSUM
Herausgeber:
SPD-Ortsverein Garching
Vorsitzende:
Ulrike Haerendel, Am Mühlbach 28, 85748 Garching

Redaktion:
Geschäftsführender Vorstand
Bilder: Dominik Hintze
Druck:
6.500 Exemplare, Druckerei: diedruckerei.de

Eine Stimme für unsere Familien



Garching ist eine moderne und familienfreundliche Stadt, in der die Belange von Familien ernst genommen werden. Doch nicht jede Idee, jede Kritik oder Sorge kann sofort von Verwaltung oder Stadtrat aufgenommen werden und wird auch gar nicht erst an diese herangetragen. Viele familienbezogene Angelegenheiten werden rege unter den Eltern diskutiert, jedoch bleibt es nur beim Austausch untereinander, ohne dass man einen Schritt weitergeht. Diese wichtigen Themen könnten aufgegriffen, besprochen und je nach Relevanz umgesetzt werden. Doch wohin mit den Ideen und Vorschlägen?

Garchinger Familien brauchen eine Plattform, die Familien die Möglichkeit bietet, Garching aktiv mitgestalten zu können. Es bedarf eines überparteilichen und überkonfessionellen Gremiums, das an der Gestaltung der Lebenssituation von Familien ehrenamtlich mitwirkt. Ein Gremium von engagierten Eltern, das die Interessen von Familien nach außen hin vertritt.

Hier könnte ein Familienbeirat Hürden abbauen und dafür sorgen, dass wichtige Themen aufgegriffen, besprochen und je nach Relevanz umgesetzt werden.

Muna Kassab, Mutter von zwei Kindern



Mögliche Aufgaben des Familienbeirats sind unter anderem:

- Stadtrat, Stadtverwaltung und städtische Ausschüsse in familienrelevanten Angelegenheiten zu beraten
- Auf ein familienfreundliches Wohnumfeld zu achten (z.B. Verkehr, Spielplätze, Verkehr vor der Schule)
- Bestehende Familieneinrichtungen und Initiativen in Garching zu vernetzen
- Interessante Informationen für Familien zu sammeln und zur Verfügung zu stellen.

Regelmäßige Treffen, durch die ein konstruktiver Austausch entsteht, bringen uns weiter und bieten uns Familien eine Möglichkeit, Garching aktiv mitzugestalten!

DIGITALISIERUNG > Wir sorgen dafür, dass es in jedem Haushalt und Unternehmen Internet mit einer Bandbreite von mindestens einem Gigabit pro Sekunde geben wird. Die digitale Verwaltung muss schneller kommen und wir sorgen dafür, dass alle Schüler:innen ein Laptop oder Tablet erhalten, auch wenn das die Eltern nicht bezahlen können.

ARBEIT > Wir wollen 12 Euro Mindestlohn (heute 9,50), deutlich mehr Jobs mit der Sicherheit eines Tarifvertrages und eine Ausbildungsplatzgarantie für alle. Ein Ende der sachgrundlosen Befristungen hilft vor allem jungen Menschen, genauso wie ein neues, besseres Bafög für Auszubildende.

VERKEHR > Unser Ziel ist eine Mobilitätsgarantie: Jede Bürgerin und jeder Bürger – in der Stadt und auf dem Land – soll einen wohnortnahen Anschluss an den öffentlichen Verkehr haben. Bahnfahren soll in Europa günstiger werden als Fliegen, dazu soll jede Großstadt wieder ans Fernzug-Netz angeschlossen werden. Wir sorgen für entspannteres, klimafreundlicheres Fahren mit Tempo 130 km/h auf Autobahnen.

FAMILIEN > Wir wollen die Kindergrundsicherung: Mit dem neuen Kindergeld bekommen die mehr, die es brauchen. Und mit kostenfreien Angeboten z. B. für Ganztagsbetreuung, den Schulbus, die Musikschule oder den Sportverein haben alle bessere Chancen auf ein gutes Aufwachsen. Wir sorgen für mehr Zeit für Familie, z. B. mit der Elternschaftszeit nach der Geburt, mit der Familienarbeitszeit und mit deutlich mehr Kinderkrankentagen.

EUROPA > Gemeinsam schaffen wir mehr. Darum wollen wir den nächsten Schritt gehen, gemeinsam investieren und einen Rahmen schaffen für eine europäische Klima-, Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitik.

FINANZEN > Unsere Steuerpolitik sorgt bei kleinen und mittleren Einkommen für mehr Geld in der Tasche und belastet etwas mehr als bisher die Reichen und Superreichen. Olaf Scholz sorgt europaweit dafür, dass Großkonzerne künftig deutlich mehr Steuern zahlen müssen.

SOZIALES > Wir lassen Hartz IV hinter uns und ersetzen es durch ein „Bürgergeld“: Das bedeutet zwei Jahre lang Schutz des eigenen Vermögens, deutlich weniger Sanktionen, länger ALG I für langjährige Einzahler:innen und vor allem mehr Geld für Kinder.

BILDUNG > Deutschland braucht flächendeckend gute, verlässliche und kostenlose Bildung und Betreuung von der Kita an. Dafür hilft der Bund den Ländern beim weiteren Ausbau von Kitas, Ganztagsbetreuung an Schulen und Jugendeinrichtungen. Unser ehrgeiziges Ziel ist es, die Zahl der Nachwuchskräfte in den erzieherischen Berufen bis 2030 bundesweit zu verdoppeln.

WIRTSCHAFT > Wir schaffen neue Arbeitsplätze und modernisieren unser Land durch Investitionen in eine moderne, klimafreundliche Infrastruktur in Höhe von 50 Milliarden Euro pro Jahr und die spezielle Förderung von Start Ups und gemeinwohlorientierten Unternehmen. Zudem sorgen wir dafür, dass überschuldete Städte und Gemeinden wieder Spielraum für Investitionen gewinnen, um die Wirtschaft bei sich vor Ort zu stärken.

KLIMA > Klimaneutralität in Deutschland bis 2045 und in Bayern bereits 2040 – aber sozial ausgewogen und für alle bezahlbar! Wir sorgen dafür, dass Klimaschutz zum Jobmotor wird. Durch eine Reform der Erneuerbare-Energien-Umlage senken wir die Stromkosten und durch die Zahlung eines Klimagelds belohnen wir klimafreundliches Verhalten.

RENTE > Selbstständige, Beamt:innen und Abgeordnete werden wir in die gesetzliche Rente integrieren. Das stützt das System und hilft, das Rentenniveau bei mindestens 48 Prozent zu halten.

GESUNDHEIT > Wir wollen das Ende der Zwei-Klassen-Medizin und zugleich eine bessere Bezahlung für Pflegekräfte. Das geht – mit einer Bürgerversicherung, in die alle einzahlen, auch Selbstständige, Politiker:innen und Beamt:innen.



spd.de



Ab Mitte August per Briefwahl



Am 26.9. im Wahllokal

SPD    